

Beim Klima siegt Gegenvorschlag

Das Parlament folgte mehrheitlich den Argumenten der Regierung. Es empfiehlt die Klimainitiative zur Ablehnung.

Martin Uebelhart

Der Handlungsbedarf in Bezug auf den Klimawandel sei dem Regierungsrat absolut bewusst, sagte Landammann Joe Christen am Mittwoch im Landrat. Daher habe er bereits mehrere Massnahmen eingeleitet, um den Klimaschutz zu verbessern. Auch die Stossrichtung der Volksinitiative «Nidwalden ab 2040 klimaneutral» werde grundsätzlich unterstützt.

Die Initiative fordert Aufnahme eines Klimaschutz-Artikels in der Kantonsverfassung. In diesem Artikel soll verankert werden, dass Kanton und Gemeinden für eine Verringerung der Klimaerwärmung und für verbindliche Regelungen sorgen, damit die Treibhausgasemissionen spätestens ab 2040 klimaneutral sind. Die Massnahmen seien auf eine Stärkung der Volkswirtschaft auszurichten sowie umwelt- und sozialverträglich auszugestalten.

Dem Regierungsrat sei klar, dass es nicht nur global und auf Bundesebene, sondern auch auf Kantons- und Gemeindeebene Anstrengungen brauche, um einen nachhaltigen Klimaschutz zu erreichen, so Christen. Die Volksinitiative lehne der Regierungsrat vor allem wegen der Vorgabe ab, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Dieses Ziel sei wesentlich ambitionierter als die meisten der kantonalen, nationalen sowie internationalen Aktionspläne und Klimastrategien. Diese zielten auf 2050 für die Umsetzung ab.

Die Regierung lege daher einen Gegenvorschlag für einen neuen Verfassungsartikel vor, allerdings ohne Jahreszahl. Dafür solle der Artikel beinhalten, dass Kanton und Gemeinden bei ihrer Aufgabe, den Klimawandel und dessen Auswirkungen einzudämmen, die Ziele des Bundes und der für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen berücksichtigen. Die



Der Nidwaldner Landrat stimmt über den Gegenvorschlag zur Klima-Initiative ab.

Bild: Philipp Unterschütz (Stans, 26. Oktober 2022)

öffentliche Hand richte also ihre Massnahmen unter anderem darauf aus, die Treibhausgasemissionen zu vermindern.

Keine fixe Jahreszahl in der Verfassung

Paul Odermatt (Mitte, Oberdorf) hielt fest, dass die Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL) den Handlungsbedarf und die Aufnahme der Anliegen in die Kantonsverfassung anerkenne. Die Mehrheit der Kommission habe Mühe mit einer fixen Jahreszahl in der Verfassung und auch mit der Formulierung der sozial- und umweltverträglichen Ausgestaltung. Die BUL hat die Volksinitiative mit 9:2 Stimmen abgelehnt und unterstützte den Gegenvorschlag der Regierung.

Namens der Mitte-Fraktion sagte Odermatt mit dem Gegenvorschlag gebe man dem Klimanliegen Gewicht. Zur Erreichung der Klimaneutralität gelte

es möglichst schnell Massnahmen zu ergreifen. Diese müssten wohlüberlegt und aufeinander abgestimmt sein. Die FDP anerkenne den Handlungsbedarf ebenfalls und unterstütze die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in der Verfassung, sagte Remigi Zumbühl (Wolfenschiessen). Dies solle mit dem Gegenvorschlag der Regierung geschehen. Die Erreichung der Klimaziele in 18 Jahren sei unrealistisch, betonte er mit Blick auf die Versorgungssicherheit.

Wohin die links-grünen ideologischen Versprechen führen könnten, werde derzeit vor Augen geführt, hielt Christoph Keller (SVP, Hergiswil) für seine Fraktion fest. Das Volksbegehren bezeichnete er als «Traumtänzer-Initiative». Die SVP werde grossmehrheitlich den Gegenvorschlag der Regierung unterstützen. Benno Zurfluh (Grüne, Stans) sagte, die Alpen-

region sei besonders betroffen vom Klimawandel. Es gelte jetzt zu handeln. Das Ziel der Klima-Initiative sei ambitioniert. Nidwalden würde eine Vorbildfunktion übernehmen. Denise Weger (GLP, Stansstad) betonte, es brauche ein radikales Umdenken, um die Lebensgrundlagen in der Zukunft zu bewahren. Es gelte auf neue Technologien umzustellen, um den Rohstoffverbrauch zu senken.

Minderheitsantrag unterliegt

Die Initiative sei geeigneter zur Erreichung der Ziele, hielt Alexander Huser (Grüne, Ennetbürgen) fest. Im Gegenvorschlag fehlten unter anderem Absenkpfade zur schrittweisen Reduktion der Treibhausgasemissionen oder die Stärkung der Volkswirtschaft. Das Ziel 2040 sei weder ambitioniert noch unmöglich. Sepp Odermatt (Mitte, Ennetbürgen) betonte, dass

auch die Landwirtschaft darauf hinarbeite, die Treibhausgase zu reduzieren.

In der Detailberatung stellte Jonas Tappolet (Grünliberale, Ennetbürgen) einen Minderheitsantrag aus der BUL. «Der Gegenvorschlag des Regierungsrats hat noch Luft nach oben», konstatierte er. Die Bestimmung im Gegenvorschlag «Sie (Kanton und Gemeinden) können die Entwicklung und Anwendung von Technologien, Materialien und Prozessen fördern, die zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen» sei griffiger zu fassen, indem die Kann-Formulierung durch «sie fördern ...» ersetzt werden. Der Antrag scheiterte mit 14 zu 43 Stimmen.

Der Landrat unterstützte den Gegenvorschlag mit 54 Ja zu 4 Nein. Die Volksinitiative wurde mit 14 zu 44 Stimmen zur Ablehnung empfohlen.